

Aufsichtspflicht in Kindergärten und Tageseinrichtungen

Gem. § 22 Abs. 1 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII haben Kindergärten einen Bildungs – und Erziehungsauftrag gegenüber den ihnen anvertrauten Kindern, wonach die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit gefördert werden soll.

Mit diesem gesetzlichen Auftrag einher geht aber auch die Wahrung der Sicherheitsinteressen der dem Kindergarten anvertrauten Kinder.

Die Maßstäbe zur Durchführung einer ordnungsgemäßen Aufsicht wurden vom Gesetzgeber nur unzureichend geregelt, was in der Folge in der täglichen Praxis zu erheblichen Unsicherheiten führen kann.

Wie ein Damoklesschwert schwebt die Aufsichtspflicht über dem Kindergartenpersonal, bei deren Verletzung man sich bereits mit einem Bein im Gefängnis wähnt.

Der folgende Beitrag soll zum besseren Verständnis dieser komplexen Rechtsmaterie führen und Unsicherheiten beseitigen. Die Ausführungen zu den beispielhaft genannten Kindergärten gelten für alle Tageseinrichtungen, deren Träger über eine Betriebserlaubnis gem. § 45 SGB VIII verfügen, entsprechend.

1) Der Begriff der Aufsichtspflicht und ihre rechtlichen Grundlagen

Sinn und Zweck der Aufsichtspflicht beruhen auf dem Gedanken, dass derjenige, der Gefahrquellen schafft, die notwendigen Vorkehrungen zum Schutze Dritter zu treffen hat.

Unter dem Begriff der Aufsichtspflicht versteht man die Pflicht Kinder mit dem Ziel zu beaufsichtigen, sie einerseits vor einer Selbstschädigung oder einer Schädigung durch Dritte zu schützen, andererseits zu verhindern, dass die beaufsichtigten Kinder Dritte schädigen.

Das Recht und die Pflicht das Kind zu beaufsichtigen ist gem. § 1631 Bürgerliches Gesetzbuch grundsätzlich Teil des Personensorgerechts der Eltern.

Zur Aufnahme des Kindes in den Kindergarten schließen die Eltern und der Träger des Kindergartens einen sog. Aufnahme - oder Betreuungsvertrag.

Für den Zeitraum, in dem sich das Kind in der Einrichtung befindet, geht die Aufsichtspflicht auf den Kindergartenträger über, der seinerseits die Aufsichtspflicht, durch Arbeitsvertrag oder Dienstanweisung, auf das Kindergartenpersonal überträgt.

Von der Aufsichtspflicht, die kraft Gesetzes (z.B. Aufsichtspflicht durch Eltern) oder durch Vertrag (Aufsichtspflicht durch Erzieherinnen im Kindergarten) entsteht, ist die Aufsicht aus Aspekten der Gefälligkeit zu unterscheiden. Hierbei möchte sich der Übernehmende weder rechtlich binden noch eine Verpflichtung zur Aufsichtsführung übernehmen. Solche Konstellationen ergeben sich häufig bei Gefälligkeiten des täglichen Lebens, insbesondere aus Freundschaft, Verwandtschaft oder Nachbarschaft.

2) Delegation der Aufsichtspflicht durch die Kindergartenleitung

Mit der Aufsicht der Kinder können neben den Mitarbeiterinnen des Kindergartens auch Praktikanten, Eltern und andere geeignete und in erforderlichem Maße angeleitete Personen durch die Leitung des Kindergartens beauftragt werden. Voraussetzung hierfür ist, dass diese Aufsichtspersonen zur Bewältigung derartiger Aufgaben geeignet sind, hinreichend angeleitet und von den Fachkräften des Kindergartens beaufsichtigt werden.

3) Umfang und Inhalt der Aufsichtspflicht

Die Aufsichtspflicht erstreckt sich sowohl auf gruppeneigene und gruppenfremde Kinder, die in der Obhut der Einrichtung stehen, als auch auf Besuchs – und Probekinder, die mit Wissen und Wollen der Erzieherinnen in den Kindergarten und in das Betreuungskonzept aufgenommen wurden.

Die Förderung der Entwicklung der Persönlichkeit der Kinder dient dazu der spielerischen Vermittlung von Fähigkeiten, die es ihnen ermöglichen sollen mit den Anforderungen und Risiken des täglichen Lebens umzugehen.

Die hieraus resultierende Einheit von Erziehung und Aufsicht verlangt vom Kindergartenpersonal die Berücksichtigung vielerlei Faktoren und deren Abwägung in unterschiedlichen Situationen.

Zu beachten sind insbesondere folgende Faktoren:

a) Person des Kindes

Das Kindergartenpersonal sollte sich eingehend über den körperlichen, seelischen, kognitiven und sozialen Zustand sowie die geistige Reife des anvertrauten Kindes informieren, sodass es z.B. auf ein krankes / behindertes oder entwicklungsverzögertes Kind besser eingehen kann.

b) Alter des zu betreuenden Kindes

In der Regel bedürfen jüngere Kinder einer intensiveren Beaufsichtigung als ältere Kinder, da sie noch nicht über deren Erfahrungen verfügen. Die Rechtsprechung geht bei Kleinkindern bis zu vier Jahren grundsätzlich von einer besonderen Aufsichtsbedürftigkeit aus.

c) Art und Gefährlichkeit der Tätigkeit

Das Kindergartenpersonal muss die Gefährlichkeit der Tätigkeit einschätzen und ihr Handeln dementsprechend anpassen. Dabei sollte den Kindern dennoch ein gewisser Spielraum eingeräumt werden, um Fähigkeiten beim Umgang mit gefahrgeneigten Tätigkeiten zu erlernen (z.B. Arbeiten mit Schere und Küchengeräten).

d) Gruppenverhalten der Kinder

Da sich Stimmungen (Streitereien, Aggressionen, Überaktivität) innerhalb von Gruppen von Kindern überraschend ändern können, sind diese aufmerksam zu beobachten um angemessen auf solche Schwankungen reagieren zu können.

e) Räumliche und örtliche Gegebenheiten

Besondere Wachsamkeit ist geboten, wenn räumliche und örtliche Gegebenheiten ein hohes Gefährdungspotential aufweisen (Überqueren einer stark befahrenen Straße während eines Ausfluges, Spielen mit schadhaftem Kinderspielzeug), sodass Art und Weise der Aufsicht der Schadensgeignetheit der Situation anzupassen ist.

f) Gruppengröße

Die Zahl der Kinder, die jeweils von einer Erzieherin beaufsichtigt werden sollten / dürfen, ist abhängig von der Art und Weise, aber auch der Gefährlichkeit der jeweiligen Beschäftigung (Schwimmen, Waldtag, Spielen in den Gruppenräumen etc.), vom Entwicklungsstand und Alter der Kinder und von den Fähigkeiten und Erfahrungen des Kindergartenpersonals.

Als Orientierungshilfe können hierbei landesrechtliche oder von Verbänden oder den Kindertagenträgern erlassene Richtlinien dienen.

g) Person der Erzieherin

Hierbei sind vor allem der Ausbildungsstand, die pädagogischen Kenntnisse und Erfahrungen (Berufsanfänger oder erfahrene Fachkraft) aber auch die körperlichen Fähigkeiten (Beweglichkeit, Hör – und Sehfähigkeiten) der Erzieherinnen in die Überlegungen zur Aufsicht mit einzubeziehen.

h) Zumutbarkeit der an die Erzieherin gestellten Anforderungen

Unzumutbar und wohl in der Regel auch nicht durchführbar ist für Erzieherinnen eine Überwachung auf Schritt und Tritt. Erforderlich ist dagegen eine regelmäßige Kontrolle in bestimmten Zeitintervallen.

Auch die Beaufsichtigung zu vieler Kinder innerhalb einer Gruppe auf Dauer kann dem Kindergartenpersonal nicht zugemutet werden.

Grundsätzlich sollten die Anforderungen an das Kindergartenpersonal mit vernünftigen pädagogischen Erwägungen abgestimmt werden.

4) Methoden der Aufsichtsführung

Die Art und Weise der Aufsichtsführung orientiert sich am jeweiligen Einzelfall und muss je nach Erforderlichkeit der Situation vom Kindergartenpersonal angepasst werden. Sie beginnt mit einer umfassenden Information des Kindergartenpersonals über die Person des zu beaufsichtigenden Kindes und über etwaige Gefahren der örtlichen Umgebung. Für den richtigen Umgang mit Gefahrenquellen sollten Hinweise und Warnungen gegeben werden, falls erforderlich müssen Verbote erteilt werden.

Deren Beachtung ist in regelmäßigen Abständen zu überwachen. Werden diese aber nicht befolgt oder treten unvorhersehbare Gefahrensituationen auf, muss das Kindergartenpersonal zur Abwendung von Schäden eingreifen.

5) Beginn und Ende der Aufsichtspflicht

Regelungen über den Beginn und das Ende der Aufsichtspflicht des Kindergartenpersonals können zum einen in dem zwischen den Eltern und dem Träger des Kindergartens geschlossenen Aufnahme – bzw. Betreuungsvertrag festgelegt werden.

Fehlt eine solche Regelung, sollte, zur Vermeidung von Missverständnissen, den Eltern gegenüber ausdrücklich festgestellt werden, dass sich die Aufsichtspflicht des Kindergartenpersonals auf das Betreten bzw. Verlassen des Kindergartengrundstücks, Kindergartengebäudes oder des Gruppenraumes beschränkt, somit die Eltern für den Weg zu und von der Einrichtung aufsichtspflichtig sind.

Zwar endet die Aufsichtspflicht des Kindergartenpersonals mit der Übergabe an die Eltern. Diese können allerdings auch dritte Personen beauftragen, das Kind in den Kindergarten zu bringen oder abzuholen. Deren Berechtigung sollte allerdings vorab dem Kindergartenpersonal mitgeteilt werden.

Insbesondere bei minderjährigen Geschwisterkindern und Abholkindern sollte sich das Kindergartenpersonal von deren Eignung zur Beaufsichtigung der abzuholenden Kinder überzeugen.

Die Eltern können mit dem Kindergarten vereinbaren, dass ihr Kind alleine nach Hause gehen darf, wenn das Kind auf Grund seiner Eigenschaften (Alter, Reife, Charakter, Zuverlässigkeit etc.) und der örtlichen Gegebenheiten (z.B. Gefährlichkeit des Heimweges, verkehrsreiche und unübersichtliche Straßenverhältnisse etc.) in der Lage ist, den Heimweg und seine besonderen Gefahren alleine zu bewältigen. Hierfür tragen die Eltern die Verantwortung.

Ist das Kindergartenpersonal der Auffassung, dass das Kind unter Berücksichtigung der genannten Kriterien offensichtlich nicht in der Lage ist, den Heimweg alleine zu meistern, so muss das Kindergartenpersonal auf einer Abholung des Kindes bestehen.

Bestehen grundsätzlich keine Bedenken das Kind alleine nach Hause gehen zu lassen, darf das Kindergartenpersonal das Kind ausnahmsweise dann nicht den Heimweg alleine antreten lassen, wenn gefahrerhöhende unvorhergesehene Umstände (besondere, geänderte Straßenverkehrsverhältnisse, Unwetter etc.) es verlangen, dass das Kind nur in Begleitung nach Hause gehen darf.

Holen die Eltern das Kind nicht rechtzeitig nach Ende des Kindergartens ab, verletzen sie zwar ihre vertraglichen Pflichten. In diesem Falle endet die Aufsichtspflicht des Kindergartens aber nicht, sodass die Beaufsichtigung des Kindes weiter sicherzustellen ist.

6) Folgen einer Aufsichtspflichtverletzung

Kindergartenkinder gehören während des regulären Kindergartenbesuchs, der Teilnahme von offiziellen, von der Kindergartenleitung bzw. dem Kindergartenträger genehmigten Kindergartenveranstaltungen, sowie auf den damit verbundenen direkten Wegen zu dem nach § 2 Abs. 1 Nr. 8a Sozialgesetzbuch - SGB - VII bei der Unfallkasse Baden – Württemberg in der gesetzlichen Unfallversicherung versicherten Personenkreis.

Erleidet ein Kindergartenkind bei einer versicherten Tätigkeit einen Unfall, erbringt die Unfallkasse Baden – Württemberg Leistungen zum Schutz, zur Erhaltung, zur Besserung und zur Wiederherstellung der Gesundheit und der Leistungsfähigkeit des Kindes.

Als Leistungen kommen u.a. in Betracht:

Heilbehandlung, Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und ergänzende Leistungen, Rente an Versicherte usw.

Für weitere Informationen möchten wir auf unsere Homepage www.uk-bw.de verweisen.

Nach den §§ 104 ff. SGB VII ist die Haftung des Kindergartenträgers und des Kindergartenpersonals oder sonstiger im Auftrag des Kindergartenträgers tätiger Personen, bei Eintritt eines Personenschadens, der auf einer Aufsichtspflichtverletzung beruht, beschränkt.

Gem. § 110 SGB VII kann die Unfallkasse Baden-Württemberg, als zuständiger gesetzlicher Unfallversicherungsträger, für die infolge des Versicherungsfalls entstandenen Aufwendungen bis zur Höhe des zivilrechtlichen Schadensersatzanspruchs Regress nehmen, wenn die von der Haftung freigestellten Personen den Versicherungsfall vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben.

Arbeitsrechtliche, dienstrechtliche und strafrechtliche Besonderheiten bleiben hiervon unberührt.

Anke Siegle

Dirk Astheimer

Zusatz:

Der geistige Inhalt des vorliegenden Schriftwerkes gem. § 2 UrhG entstand außerhalb und unabhängig von der Erfüllung einer Verpflichtung aus dem bestehenden Dienstverhältnis mit der Unfallkasse Baden – Württemberg.

Sämtliche dem Aufsatz zugrundeliegende Literatur wurde, ebenso wie die bei der erforderlichen Recherche entstandenen Kosten, aus eigenen Mitteln bestritten.

Der dienstlichen Nutzung des Inhalts des Schriftwerks durch die Unfallkasse Baden – Württemberg, insbesondere der Veröffentlichung im Info, stehen keine Bedenken entgegen.

Eine Veröffentlichung in sonstiger Form bleibt dagegen einzig dem Urheber vorbehalten, § 12 Abs. 1 UrhG.

Das ArbNerfG findet keine Anwendung.